



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834 - 33
Fernschreiber 0854 890

/XIII/46 - 25. Februar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

Seite:

Zeilen:

Kein direkter Draht nach Warschau und Belgrad
Verständnisse und Fehler wirken sich aus 33

- 3 Neues Pensionssystem oder Neuwahlen in Schweden
Die Entscheidung liegt in der Zweiten Kammer 75

Europa-Preis für Schulbuch-Reformer Prof. Bokert
Grosse Ehrung für einen deutschen Pädagogen 55

- 6 Störenfried privates Fernsehen
Zur Grossen Fernseh-Anfrage der SPD 101

Bonn will ... 52
... sogar mit Moskau sprechen

* * * * *

Kein direkter Draht nach Warschau und Belgrad

G.M. Mitunter ist es zweckmäßig, an vergangene Gelegenheiten zu erinnern. Man stelle sich vor, welche Chancen die deutsche Politik jetzt hätte, wenn der bereits vor zwei Jahren von der Sozialdemokratie gemachte Vorschlag zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen auch von der Regierung und der CDU übernommen worden wäre. Damals hat man diesen Vorschlag abgelehnt und nichts getan, um das sich aus der Bevormundung Moskaus langsam lösende Polen Gomulkas auch wieder mit dem Westen in Kontakt zu bringen.

Zur zwei Jahre sind seither vergangen. In diesen zwei Jahren hat Bonn aber nicht nur auf die Einrichtung einer diplomatischen Vertretung in Warschau verzichtet, sondern diese auch in Belgrad aufgegeben. Es besitzt also keinen direkten Draht zu den Hauptstädten Osteuropas, in denen nicht immer und nicht unbedingt die Politik Moskaus gut geheißen wird.

Wie nachteilig sich dies auswirkt, zeigten die Versuche Warschaws in der vergangenen Woche, direkt mit Bonn über den Rapacki-Plan in ein Gespräch zu kommen. Wenn man in Bonn überhaupt in dieser Frage einen Schritt weiter kommen will, muss man auf zum Teil recht komplizierten Wegen und durch Einschaltung neutraler Mächte versuchen, die Bedeutung des polnischen Planes zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa genau kennenzulernen.

Wieviel mehr wäre gerade jetzt ein direkter Kontakt zwischen Bonn und Warschau nützlich! Unter den gegenwärtigen Umständen gleißt man unsicher. Nicht einmal der früher vorhandene und jetzt abgerissene Kontakt zu Belgrad kann heute noch in einer so entscheidenden internationalen Frage für die deutschen Interessen nutzbar gemacht werden.

Wenn die Berichte über die schwierige Situation Ulbrichts in der sowjetischen Besatzungszone zutreffen, und wenn sich bewahrheitet, dass die Gegner Ulbrichts in Warschau und Belgrad eine nicht unerhebliche Stütze haben, muss das Fehlen diplomatischer Beziehungen von Bonn nach Warschau und Belgrad gerade in dieser Situation als erneuter Beweis für die außenpolitische Unfähigkeit der Bonner Regierung betrachtet werden.

Neues Pensionsystem oder Neuwahlen in Schweden

R.H. - Stockholm

Reichstagsauflösung und Neuwahlen stehen in Schweden vor der Tür, wenn die demokratischen Oppositionsparteien kraft ihrer knappen Mehrheit in der zweiten Kammer des schwedischen Reichstages den Vorschlag der sozialdemokratischen Regierung über eine gesetzlich gewährleistete zusätzliche Dienstpension zur Volkspension zu Falle bringen. Die Sozialdemokraten haben sich lange um einen Kompromiss bemüht, der - so wie bisher alle grossen Sozialgesetze in Schweden - die Zustimmung aller Parteien gefunden hätte. Die Verhandlungen zerschlugen sich, obwohl der nun vorliegende Vorschlag einige Forderungen enthält, welche den Gesichtspunkten der Opposition entgegenkommen.

Während die Volkspension die erwerbsunfähig gewordenen Menschen vor materieller Not schützen soll, bedeutet die zusätzliche Dienstpension, dass sie beim Ausscheiden aus dem Erwerbsleben vor einem allzu föhribaren Absinken des erreichten Lebensstandards bewahrt werden sollen. Beide Pensionsysteme zusammen sollen bei Erreichung des 67. Lebensjahres eine Alterspension sichern, die etwa zwei Drittel des Durchschnittseinkommens der 15 besten Erwerbsjahre ausmachen soll. Ausserdem soll das System - ebenso wie die Volkspension - eine angemessene Invaliden-, Witwen- und Waisen-Pension einschliessen.

Für Lohn- und Gehalts-Empfänger soll das System obligatorisch sein, während selbständig Erwerbstätige wohl automatisch erfasst werden, jedoch individuell austreten können. Auch für Arbeitnehmer besteht nun - eine Konzession an die Wünsche der Konservativen und Liberalen - die Möglichkeit des Austrittes, jedoch nicht individuell, sondern nur dann, wenn eine reichsumfassende Gewerkschaft dies im Einvernehmen mit der entsprechenden Unternehmergruppe beschliesst und für die ganze Berufsgruppe, also nicht nur für ihre Mitglieder, ein annehmbares Pensionsystem mit Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisen-Versicherung nachweisen kann. Diese Austrittsmöglichkeiten bestehen jedoch nur unmittelbar nach Einführung des Obligatoriums.

Die Finanzierung des Dienstpensions-Systems soll aus Prämienzahlungen erfolgen, die nach der Einkommenshöhe gestaffelt werden und zur Gänze von den Arbeitgebern für ihre Arbeiter und Angestellten zu leisten sind. Die selbständig Erwerbstätigen sollen die Prämien, welche für sie nach der Steuergrundlage bemessen werden, selbst entrichten. Während einer Übergangszeit mit beschränkten Pensionsleistungen werden diese Prä-

Lienzahlungen in wenigen Jahren zu Milliardenfonds anwachsen! Wer über diese Fonds verfügt, erhält einen entscheidenden Einfluss auf den schwedischen Kapitalmarkt. Die Oppositionsparteien haben die Sozialdemokraten verdächtigt, dass sie auf diesem Wege die gesamte Wirtschaftsmacht an sich reißen wollen. Ein besonderer Sachausschuss hat - mit Zustimmung der Oppositionsvertreter - Vorschläge erarbeitet, denen zufolge drei Fonds geschaffen werden sollen, deren Verwaltungsausschüsse aus Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Regierung bestehen sollen. Die Fondsmittel würden zum größten Teile produktiv angelegt, also zum Ausbau und zur weiteren Modernisierung der Wirtschaft dienen. Diese Ausschuss-Vorschläge sollen nach dem Willen der Sozialdemokraten verwirklicht werden. Dadurch würden nicht nur die Mittel für eine ausserordentliche Produktivitätssteigerung gewonnen, sondern auch der seit Jahren fühlbare Inflationsdruck abgefangen.

Wie inner die Entscheidung hinsichtlich der zusätzlichen Dienstpension fallen wird, sind alle Parteien einig, dass die staatliche Volkspension allmählich erhöht werden soll, und zwar von gegenwärtig 3 520 Kronen auf 5 400 Kronen je Ehepaar im Jahre 1968. Die einer Einkommensprüfung unterliegenden gegenwärtigen Kietzuschüsse der Gemeinden sollen, falls die Dienstpension eingeführt wird, bis 1968 als dann unnötig abgebaut werden.

Die Oppositionsparteien bemühen sich, diesem durchdachten System der Sozialdemokraten eine zugkräftige Alternative entgegenzustellen. Ihre Chancen sind gering, denn sie sind uneinig. Die agrarische "Centerpartei" will nur eine staatliche Vererblichkeits-Garantie für individuelle und sehr niedrige Pensionsversicherungen; die konservative "Högern" und die liberale "Folkparti" wollen kollektive Pensionsabkommen zwischen den Sozialpartnern einzelner Wirtschaftszweige oder einzelner Betriebe. Dieser Weg stand schon bisher offen, wurde jedoch mit geringen Ausnahmen nur im Beamtensektor gewählt.

Für die Regierungsvorlage besteht in der ersten Kammer eine sichere Mehrheit. In der zweiten Kammer sind zur Mehrheit 116 Stimmen erforderlich. Die 106 Sozialdemokraten und die sechs Kommunisten werden geschlossen für die Regierungsvorschläge stimmen. Ihnen stehen 58 Liberale, 42 Konservative und 19 Agrarier gegenüber. In den liberalen und agrarischen Reichstagsfraktionen ist manchen Abgeordneten, wenn er an die Interessen seiner Wähler denkt, die ablehnende Haltung seiner Parteileitung unbequem. Im Ablehnungsfalle rechnet man mit Neuwahlen im Mai. Die Sozialdemokraten könnten dabei mit namhaften Stimmengewinnen rechnen.

Europa-Preis für Schulbuch-Reformer Prof. Eckert

H.3.- Professor Georg Eckert, Leiter des Internationalen Schulbuch-Instituts in Braunschweig, hat - als erster deutscher Staatsbürger - den Preis des Europarates für besondere Leistungen auf dem Gebiet der europäischen Zusammenarbeit erhalten.

Der Schulbuchausschuss des Europarates hatte auf seiner Tagung in Braunschweig vor etwas über einem Jahr das Internationale Schulbuch-Institut mit der technischen Vorbereitung eines "Europäischen Geschichtslexikons" beauftragt. Mit der soeben erfolgten Verleihung des Europaratspreises, der mit 10 000 Schweizer Franken dotiert ist, findet ein Wirken seine öffentliche Anerkennung, das vor nunmehr über einem Jahrzehnt begann und das auf die "Entgiftung" der Schulbücher von nationalistischen und chauvinistischen Auswüchsen gerichtet ist. Wer weiss, in welcher hohen Masse gerade das Schulgeschichtsbuch an der Formung des Weltbildes beteiligt ist, wird sich darüber im Klaren sein, welche unmittelbare politische Bedeutung der Tätigkeit Professor Eckerts und seiner Mitarbeiter zukommt und welche mittelbare kulturelle "Tiefenwirkung" von ihr ausgeht.

Prof. Dr. Eckert, der Mitglied des Kulturpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD ist, wurde schon 1947 zum Mittelpunkt eines Kreises von Pädagogen, der überzeugt davon war, dass der Geschichtsunterricht in Deutschland eine universale Grundlage erhalten müsse. Die Geburtsstunde der internationalen Schulbuch-Reformarbeit war die Jahreshauptversammlung der "Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände" im August 1949. Das Schulbuch-Institut selbst wurde 1951 auf der Internationalen Geschichtslehrer-Konferenz in Braunschweig gegründet. Es hält alljährlich mehrere Arbeitstagungen ab, auf denen Text-"Empfehlungen" erarbeitet werden, die inzwischen in der Fachwelt massgebend geworden sind und die von in- und ausländischen Schulbuchverlegern berücksichtigt werden. Das Institut arbeitet eng mit der UNESCO zusammen. Es hat seinen Wirkungskreis längst über Europa hinaus ausgedehnt und steht gegenwärtig mit 45 Staaten in Ost und West im Schulbuchaustausch. Die jahrelange zähe Kleinarbeit, die jetzt vom Europarat ausgezeichnet worden ist, findet ihren Niederschlag in einer neuzeitlichen, objektiven Geschichtsdarstellung in vielen Schulen der Welt.

Störenfried privates Fernsehen

J.F.W.- Am kommenden Freitag wird die Bundesregierung eine Grosse Anfrage der SPD zu beantworten haben, in der Auskunft über die Pläne der Regierung auf Zulassung einer privaten, kommerziellen Fernsehgesellschaft gefordert wird. Seitdem Ende November vergangenen Jahres eine Nachrichten-Agentur diese Lizenzierung als unmittelbar bevorstehend meldete, ist dieser Plan in weiten Kreisen auf scharfe Ablehnung gestossen. Die Bundesregierung hat zwar am 28. November 1957 mitteilen lassen, "die Meldung, dass in der Frage eines zweiten, privatwirtschaftlich ausgerichteten Fernsehprogramms in der Bundesrepublik mit einer positiven Entscheidung innerhalb der nächsten drei bis vier Wochen zu rechnen sei, eile den Tatsachen voraus". Den Plan als solchen hat sie aber nicht in Abrede gestellt. Ein solches Dementi wäre ihr auch kaum abgenommen worden, denn bereits Mitte vergangenen Jahres lehnte die Bundespost einen Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten ab, die UKW-Frequenzbereiche IV und V, die nach den internationalen Konventionen für Rundfunk und Fernsehen zusätzlich zur Verfügung stehen, für das Fernsehen der deutschen Rundfunkanstalten freizugeben. Ohne Benutzung dieser zusätzlichen Wellen ist es den Rundfunkanstalten nicht möglich, die letzten Versorgungslücken in ihrem Fernsehbetrieb zu schliessen, geschweige denn das Sendernetz für ein zweites Programm aufzubauen.

Weit gediehene Vorbereitungen

Die Sperrung der beiden Frequenzbereiche durch die Bundespost, die Tatsache, dass - sicher nicht ohne Wissen der Bundesregierung - eine von verschiedenen Wirtschaftsvoränden getragene Studiengesellschaft in Frankfurt / Main seit längerer Zeit Pläne für ein privatwirtschaftliches Fernsehen vorbereitet und Gesellschafter für dieses Unternehmen wirbt, beweisen, dass das private Fernsehen tatsächlich vor der Tür steht.

Sicherlich hätte es die Bundesregierung vorgezogen, wenn sich das private Fernsehen weiter unbeachtet hinter den Kulissen entwickelt hätte, um dann nach dem Ausreifen aller Pläne die Öffentlichkeit mit der Zulassung dieser Gesellschaft überraschen zu können. Diese Möglichkeit wird durch die Grosse Anfrage der SPD verhindert. Ein Plan, dessen Durchführung nicht nur die Struktur unseres Rundfunk- und Fernsehaufbaus von Grund auf ändern, sondern auch weitgehende wirtschaftliche und politische Auswirkungen haben würde, darf nicht unter Ausschaltung des Bundestages verfolgt werden.

Gefährliche Perspektiven

Die deutschen Rundfunkanstalten, die als Anstalten des öffentlichen Rechts mit einem Sendemonopol für Rundfunk und Fernsehen ausgestattet und durch die ihnen zufließenden Teilnehmergebühren wirtschaftlich unabhängig sind, haben eine kulturpolitische Aufgabe zu erfüllen. Ein privates Fernsehen dagegen müsste dem Massengeschmack jede denkbare Konzession machen, da für sein Programm mit Rücksicht auf die Verbeauftragten nicht die Qualität der Sendung, sondern die Quantität der eingeschalteten Empfänger einziger Maßstab zu sein hätte. Wie so etwas in der Praxis aussieht, zeigt das private englische Fernsehen. In einer einzigen Woche wurden dort im Januar 25 Filme und Fernsehspiele gebracht, die Mord und Verbrechen zum Inhalt hatten. In England hat das Fernsehprogramm der Öffentlich-Rechtlichen BBC, um sich im Kampf um das Publikum gegen die private Konkurrenz zu behaupten, erhebliche Konzessionen in seinem Niveau machen

müssen. Eine gleiche Entwicklung wäre auch in Deutschland unvermeidbar, sollte es hier zu einem privaten Fernsehen kommen.

Sicherlich ist auch beim Fernsehen unserer Rundfunkanstalten vieles verbesserungsbedürftig. Niemand wird das Programm ohne Einschränkung loben wollen. Die an sich gesunde Organisationsform seines föderalistischen Aufbaus auf Länderebene ist in der Praxis häufig in eine Kirchturmpolitik übergraben worden. Ein privates Fernsehen aber würde diese Fehler nicht beseitigen, sondern alle Möglichkeiten einer guten Fernsehentwicklung gefährden. Länder und Rundfunkanstalten haben sich daher gegen die Einführung des privaten Fernsehens ausgesprochen und verweisen hierbei auf die Kulturhoheit der Länder, die diesen das Recht gibt, Rundfunk und Fernsehen zu organisieren. Die Anfrage der SPD will daher auch klären, wie sich die Bundesregierung zu diesen verfassungsrechtlichen Bedenken gegen ein privates Fernsehen stellt.

Wirtschaftliche und politische Argumente

Die Befürworter des privaten Fernsehens verweisen gern auf das angebliche Bedürfnis der Wirtschaft, Werbung im Fernsehen zu betreiben. Diese Möglichkeit bieten im volkswirtschaftlich angemessenen Umfang bereits die Rundfunkanstalten in ihren Fernsehprogrammen. Auch NDR, WDR und Süddeutscher Rundfunk, die bisher noch keine Werbesendungen zeigen, werden bis zum Herbst ein halbstündiges Werbefernsehprogramm mit 6 Minuten reiner Werbezeit täglich einführen. Eine weitaus umfangreichere Wirtschaftswerbung, wie sie eine private Fernsehgesellschaft bringen würde, müsste zur Verschiebung im wirtschaftlichen Gleichgewicht führen. Denn nur Grossbetriebe können sich der Fernsehwerbung bedienen. Für kleine Unternehmen ist dieses Werbemittel nicht nur zu kostspielig, für regional gebundene Firmen, vor allem für das gesamte Handwerk und für den Einzelhandel kommt die Fernsehwerbung schon deswegen nicht in Frage, weil für sie eine Werbung über ihren Ortsbereich hinaus, wie sie das Fernsehen bietet, zwecklos bleibt.

Auch auf die sich hier abzeichnende Gefährdung der mittleren und kleineren selbständigen Existenzen verweist die Große Anfrage der SPD. Sie macht gleichzeitig auf die Gefahr aufmerksam, die sich für das Inseratengeschäft der Presse aus der Konkurrenz eines privaten Werbefernsehens ergeben wird; eine Gefahr, die die publizistische Unabhängigkeit der deutschen Zeitungen, die ohne ausreichende Inseratenaufträge nicht mehr existieren könnten, bedroht.

Die Begründung der Grossen Anfrage wird auch Gelegenheit geben, die politischen Gefahren eines privaten Fernsehens für die unabhängige Meinungsbildung in der Bundesrepublik zu beleuchten. Unsere Rundfunkanstalten sind satzungsmässig verpflichtet, ihr Fernsehprogramm überparteilich zu halten. Ein privates Werbefernsehen wird in seinem Rahmenprogramm mit Sicherheit die Tendenzen vertreten, die die Kräfte wünschen, die hinter diesem Projekt stehen. Bezeichnenderweise ist die Vermutung, das private Fernsehen würde der Bundesregierung laufend eine feste Sendezeit zur Propagierung ihrer Ansichten einräumen, von keiner Seite demontiert worden.

Bonn will ...

ler.- Außenminister von Brentano hat grosse Dinge vor. Er will, wie ein Regierungssprecher ankündigte, in Zuge der Vorbereitungen für die Gipfelkonferenz so gar mit Moskau sprechen.

Nun gibt es allerdings viele Deutsche, die meinen, man müsste immer das Gespräch mit Moskau suchen, weil Moskau, bildlich gesprochen, an Schalthebel der deutschen Wiedervereinigung sitzt. Ohne russische Zustimmung kann es, und das ist eine Binsenwahrheit, keine Wiedervereinigung geben.

Unsere bundesrepublikanische Diplomatie, für die ja Herr von Brentano verantwortlich zeichnet, tut so, als ob ein Gespräch mit der Sowjetunion eine Sensation oder gar ein Marsch in unbekannte Abenteuer wäre. Dabei sollte es doch die natürlichste Sache der Welt sein. Die geographische Lage unseres Landes und die Geschichte unseres Volkes bedingen einen deutsch-russischen Dialog, den aufzuschieben uns teuer genug zustehen könnte. Weil wir das so notwendige Gespräch mit der Sowjetunion in den vergangenen Jahren nicht suchten, ja geradezu vermeiden, sind wir dort angelangt, wo wir heute stehen - recht entfernt von der Wiedervereinigung, für die sie sich ja auch als politisches Ziel die Partei Konrad Adenauers, zumindest deklamatorisch, immer ausgesprochen hat.

Dieses Ziel kann man allerdings nicht erreichen, wenn man in dem Partner, den man dafür gewinnen muss, ohne ihn zu demütigen, den "Gottfeind" sieht, wie es der Bundeskanzler in einer berüchtigten Rede aussprach, oder die Verkörperung des "Verbrechers", wie sich sein Parteifreund und der Vizepräsident des Bundestages, Dr. Jäger, in einer ebenso berüchtigten Rede ausdrückte.

Wer so denkt und danach sein politisches Verhalten richtet, trägt nicht zum Frieden in der Welt und zwischen den Völkern bei. Was uns als Deutsche, und dies betrifft nicht nur unsere Beziehungen zur östlichen Welt, an schlechtesten aussticht, ist die Position des Hochmuts und der Arroganz. Hochmut und Arroganz finden ihren Niederschlag in dem Wort des Regierungssprecher, Bonn will ... mit Moskau sprechen. Man muss sich fragen: Hat Deutschland den Krieg gegen die Sowjetunion gewonnen? Sind wir es, die den Russen etwas zu gewähren haben? Liegt die Sowjetunion zu unseren Pfusen und ist sie es, die nur auf einen Wink von uns wartet? Die Russlandpolitik der Bundesregierung liess in der Vergangenheit diesen fatalen Eindruck entstehen. Sie nahm die Wirklichkeit nicht zur Kenntnis, sie orientierte sich an Wunschbildern und an Wunschdenken.

Wie völlig fremd eine solche, noch die Gegenwart bestimmende Haltung der Bundesregierung ist, beweist die Einsicht des stellvertretenden amerikanischen UNO-Delegierten James J. Wadsworth, der die Weltöffentlichkeit mit der Mitteilung überraschte, seit dem Zusammenbruch der Londoner Abrüstungsverhandlungen sei eine Überprüfung der amerikanischen Abrüstungspolitik im Gange. Er halte es für durchaus möglich, dass der Westen sich in Etappen der Abrüstung nähere und nicht mehr auf der bedingungslosen Annahme der Gesamtorschläge des Jahres 1957 bestehen werde. Mit anderen Worten heisst das, die Vereinten Staaten sind auf dem Wege, ihr durch den Kalten Krieg bestimmtes Verhältnis zur Sowjetunion im Atomzeitalter im Sinne eines Suchens nach Verständigung zu überprüfen. Was für die Amerikaner nützlich erscheint, sollte für uns, als fast unmittelbarer Nachbar der Sowjetunion, zwingendes Gebot sein. Bisher hat die Bundesregierung über ihre hervorragende Eignung bewiesen, im richtigen Moment immer die falschen Schritte zu tun.

+ + +